



Medienmitteilung

Gesundheitskosten bleiben Hauptsorge des Preisüberwachers – neue Tarifüberblickseite für stationäre Spitalleistungen

Datum

23.02.2018

Die grössten Sorgen bereitet dem Preisüberwacher die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen. Systemische Vorschläge zur Eliminierung von Fehlanreizen und zur Eindämmung der Kostenentwicklung liegen auf dem Tisch. Diese sind jetzt rasch umzusetzen. Der Preisüberwacher wird diesen Prozess aktiv begleiten. Mit heutigem Datum hat der Preisüberwacher eine neue Onlinetarifüberblickseite für stationäre Spitalleistungen aufgeschaltet.

Seit der Einführung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung 1996 sind die **Krankenkassenprämien** für Erwachsene um durchschnittlich 4.6% pro Jahr angestiegen. Der Anstieg liegt damit deutlich über dem Wirtschaftswachstum und der allgemeinen Lohnentwicklung. Der Preisüberwacher macht deshalb seit einigen Jahren *systemische* Vorschläge zur Eindämmung der Gesundheitskosten. Diese erhielten Sukkurs durch eine vom Eidgenössischen Departement des Innern eingesetzte Expertengruppe, welche letztes Jahr in einem Bericht 38 Massnahmen zur Kostendämpfung anregt. Sie nehmen zahlreiche Forderungen des Preisüberwachers auf und fokussieren auf das Setzen richtiger ökonomischer Anreize zur Vermeidung unnötiger Mengenausdehnung.

Neue Auslandpreisvergleiche des Preisüberwachers zu den **Medikamentenpreisen**, den **Spitaleinkaufspreisen von Implantaten** sowie den **Insulinpumpen** belegen, dass die Schweizer Preise in diesen Bereichen im internationalen Vergleich deutlich überhöht sind. Entsprechende Korrekturmassnahmen sind dringend zu ergreifen.

Einen Schwerpunkt setzte der Preisüberwacher auch im Bereich der **Digitalisierung der Wirtschaft**. Im Vordergrund stand dabei die Analyse der ökonomischen und rechtlichen Eigenschaften von plattform- und netzbasierten Diensten und Leistungen. In diesem Zusammenhang steht das eröffnete Verfahren gegenüber der Hotelbuchungsplattform booking.com. Es bestehen Anhaltspunkte, dass die Kommissionsgebühren von booking.com für die Vermittlung von Onlinebuchungen überhöht sind.

Sehr aktiv war der Preisüberwacher im Bereich der **Basisinfrastrukturen** und auf dem Gebiet des Versorgungs- und Entsorgungswesens. Neben konkreten Prüfungen von **Wasser-, Abwasser- und Abfalltarifen** hat der Preisüberwacher den Online-Gebührenvergleich der 50 grössten Städte aktualisiert. Weiter hat er seine Publikationen zu Wasser- und Abwassergebühren vollständig überarbeitet und ergänzt.

Mit der **Schweizerischen Post AG** einigte sich der Preisüberwacher nebst der Verlängerung der im Januar 2014 geschlossenen und im Juni 2016 verlängerten einvernehmlichen Regelung auf ein Massnahmenpaket im Umfang von rund 10 Millionen Franken zu Gunsten der Postkundschaft. Eine Einigung konnte auch mit der Branche des **öffentlichen Verkehrs** getroffen werden. So werden die Preise für das Generalabonnement mit Monatsrechnung nach dem 12. Bezugsmonat gesenkt. Bezüglich der Weitergabe der Senkung des Mehrwertsteuersatzes konnte zusammen mit dem Direkten Verkehr ein „Sparpaket“ im Wert von 9 Millionen Franken jährlich geschnürt werden. Die Diskussionen mit der ÖV-Branche zu anderen Tariffragen werden 2018 weitergeführt.

Im Bereich der **Telekommunikation** konnte der Preisüberwacher seine Abklärungen zu den Preisen für die Verzeichniseinträge abschliessen. In diesem Bereich hatte er bereits vor einigen Jahren Empfehlungen für die Regulierung im Fernmelderecht unterbreitet. Per 1. Januar 2018 sind für die Haushalte alle Gebühren für Verzeichniseinträge weggefallen. Störend bleiben die Gebühren, welche Fernmeldediensteanbieter heute für Papierrechnungen oder für Einzahlungen am Postschalter verrechnen. Gebühren mit beabsichtigter Lenkungswirkung, welche über die Kostendeckung hinausgehen, sind nicht zu rechtfertigen. Begrüsst hat der Preisüberwacher die Stossrichtung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Revision des Fernmeldegesetzes. Allerdings geht diese - gerade was das Roaming anbetrifft - zu wenig weit, wurden diese Gebühren doch im Juni 2017 in der EU ganz abgeschafft.

Gemäss dem im letzten Jahre getroffenen Entscheid des Bundesrates wird die **Radio- und Fernseh- abgabe** per 1. Januar 2019 auf 365 Franken pro Haushalt und Jahr gesenkt. Dazu gab der Preisüberwacher dem Bundesrat eine formelle Empfehlung ab, die vom Bundesrat teilweise befolgt wurde. Dies könnte gestützt auf heutige Prognosen und Berechnungen mittelfristig zu einer zusätzlichen Senkung der Abgabe um jährlich bis 20 Franken führen.

Kritisch verfolgte der Preisüberwacher die Grundlagenarbeiten zum geplanten Bundesgesetz über die **Gasversorgung**. Er setzte sich für eine schlanke Regulierung des Gasmarktes ein, die auf der bestehenden Branchenregulierung aufbaut. Die Untersuchung der Tarife der drei regionalen Gesellschaften der Holdigaz-Gruppe schloss der Preisüberwacher mit einer einvernehmlichen Regelung erfolgreich ab. Daraus resultierte eine durchschnittliche Tarifsenkung von rund drei Prozent.

2018 wird der Preisüberwacher seine Aktivitäten im Bereich der **Basisinfrastrukturen** fortsetzen und im **Gesundheitswesen** noch weiter verstärken. Fehlanreize, die in vielen Fällen mitursächlich für dies Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sind, erfordern systemische Massnahmen. Die entsprechenden Vorschläge müssen möglichst rasch umgesetzt werden. Der Preisüberwacher wird diesen Prozess aktiv begleiten.

Erhöhte Transparenz ist ein Schlüsselement zur Sensibilisierung bei der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen. Der Preisüberwacher leistet hierzu einen aktiven Beitrag: Ab heutigem Datum bietet die Preisüberwachung unter www.spitaltarife.preisueberwacher.ch erstmals einen Überblick über die Tarife von 20 häufigen stationären Spitalbehandlungen an. Der Überblick wird jährlich aktualisiert. Neben der Tarifübersicht sind auch Links zu Qualitätsindikatoren der Schweizer Akutspitäler angegeben (Näheres dazu im der Medienmitteilung angehängten speziellen Presserohstoff).

Meldungs- und Bearbeitungsstatistik 2017

Die Preisüberwachung bearbeitete 1488 Bürgermeldungen. Diese betrafen am häufigsten Tarife und Preise aus dem Bereich des *Gesundheitswesens* (rund 19%). Zweithäufigster Kritikpunkt waren Preise betreffend den Bereich der *Telekommunikation* (rund 13%). Überdurchschnittlich viele Meldungen waren ferner zu Preisen des *öffentlichen Verkehrs*, der *Brief- und Paketpost* sowie zur *Finanzbranche* zu verzeichnen. Der Preisüberwacher erzielte 9 einvernehmliche Lösungen. Von Behördenseite wurden 609 Tarifvorlagen zur Stellungnahme unterbreitet. Der Preisüberwacher gab 132 Empfehlungen ab, am meisten zu den Tarifen und Preisen im Gesundheitswesen. Sehr intensiv nahm er auch sein Empfehlungsrecht im *Versorgungs- und Entsorgungsbereich*, namentlich bei den Abfall- sowie den *Wasser- und Abwassergebühren* wahr.

Kontakt/Rückfragen:

Stefan Meierhans, Preisüberwacher, Tel. 058 462 21 02
Beat Niederhauser, Geschäftsführer, Tel. 058 462 21 03